



Interviews

01. März 2023, 8.10 Uhr

Philipp Amthor, CDU-MdB aus Mecklenburg-Vorpommern, im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Die CDU setzt das Thema heute auf die Tagesordnung des Bundestages in einer Aktuellen Stunde. Darüber sprechen wir. Am Telefon ist jetzt der CDU-Abgeordnete, der seinen Wahlkreis in Lubmin hat, also dort, wo die Nord-Stream- Röhren anlanden: Philipp Amthor. Schönen guten Morgen, Herr Amthor.

Philipp Amthor: Schönen guten Morgen, Herr May.

May: Eine Aktuelle Stunde im Bundestag zur Klimastiftung Mecklenburg-Vorpommern, Landespolitik. Warum ist das mehr als Politik-Klamauk?

Amthor: Das ist überhaupt kein Klamauk, sondern das Gegenteil ist der Fall. Wenn man sich das alles vor Augen führt, die Dinge, die im Raum stehen: 20 Millionen aus dem Kriml in einem fremden Land, für den Klimaschutz vorgeblich, eine Finanzbeamtin, die eine brillante Steuererklärung im Kamin verbrennt, ein Finanzminister, der dazu das Parlament belügt, und eine Ministerpräsidentin, die von all dem nichts gewusst haben will. Das klingt leider eher wie ein verunglücktes Drehbuch von einem Sonntagabend-Krimi, ist aber leider bittere Realität in Mecklenburg-Vorpommern. Diese unglaublichen Vorgänge, die brauchen jetzt auch eine Debatte im Bundestag - und das setzen wir heute auf die Agenda, auch weil diese Situation Mecklenburg-Vorpommern, unser schönes Bundesland, derart in Misskredit gebracht hat, dass es eine Debatte braucht.

May: Ich nehme jetzt mal die ganzen Fäden, die Sie mir hingelegt haben, auf: Einen Finanzminister, der Mecklenburg-Vorpommersche Finanzminister, der, wie Sie sagen, das Parlament belügt. Er sagt, er hat das Parlament nicht belogen, er hat sich auf das Steuergeheimnis berufen.

Amthor: Also, da gibt es zwei Ebenen. Erstens hat er sich in seinen schriftlichen Antworten eben nicht auf das Steuergeheimnis berufen. Sondern im Mai 2022 hat er dem Landtag mit-

geteilt, dass ihm keine Informationen vorliegen zu verschwunden gegangenen Steuererklärungen in Mecklenburg-Vorpommern - und gestern musste er zugestehen, dass ihm im April Kenntnis verschafft wurde von dieser verbrannten Steuererklärung. Das ist insoweit eine falsche Tatsachendarstellung. Er hätte sich auf das Steuergeheimnis berufen müssen, wenn er das denn will, aber selbst das geht fehl, denn das ist eine große Finte, die wir erleben. Wir haben einen hoch angeschlagenen Finanzminister Geue, der versucht, sich unter diesem Gesichtspunkt jetzt zu verstecken. Zur Wahrheit gehört aber, sowohl die gelernte Steuerfahnderin Schwesig als auch der Finanzminister haben sich vielleicht im Laufe ihrer Arbeit mal mit Paragraph 30 der Abgabenordnung und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dazu beschäftigt. Schon seit den 80er-Jahren – da gibt es eine Leitentscheidung zum Flick-Untersuchungsausschuss – ist deutlich klargelegt, dass das Steuergeheimnis verfassungskonform ausgelegt werden muss gegenüber dem Parlament und auch innerhalb der Regierung, wenn es um die Aufarbeitung von verbreiteten Zweifeln an der Vertrauenswürdigkeit der Steuerverwaltung geht. Und ich meine, da muss man sich fragen, wann kommen denn Frau Schwesig und Herrn Geue solche Zweifel, wenn nicht bei verbrannten Steuererklärungen im Kamin? Muss da erst die ganze Finanzverwaltung in Flammen stehen, oder was muss da eigentlich passieren? Das ist doch absurd, das ist eine Finte und hier ist das Steuergeheimnis offensichtlich nicht anwendbar. Ein hoch angeschlagener Finanzminister versucht, sich dahinter zu verstecken, aber das wird er nicht durchhalten.

May: Erwarten Sie jetzt nur Aufklärung vom Finanzminister, oder auch von der Ministerpräsidentin?

Amthor: Die Ministerpräsidentin trägt natürlich die maßgebliche politische Verantwortung. Sie hat das Klima dafür geschaffen, dass hier Finanzbeamte in Panik Steuererklärungen verbrennen. Wenn man irgendwie zum Scherzen aufgelegt wäre, müsste man sagen, das schafft neben Manuela Schwesig nur Al Capone. Aber zur Wahrheit gehört leider – und das ist das Bittere im Moment -, sie hat dieses Klima zu vertreten und will von all dem nichts gewusst haben. Das glaubt doch nun wirklich niemand. Gerade wenn man ihren Führungsstil kennt, der allen Geschichten nach zum Mikro-Management neigt, da muss doch auch klar sein, dass es darüber Gespräche gab. Es ist heldenhaft von ihrem Finanzminister, dass der sich jetzt im letzten Gefecht in die Schusslinie wirft und sagt, die Ministerpräsidentin hat davon nichts gewusst. Aber wenn Vorgänge solcher Tragweite nicht besprochen werden, dann mutet das doch alles sehr, sehr merkwürdig an. Und das Traurige ist: Beide, sowohl Schwesig als auch Geue, verpassen die Chance, sich jetzt dieser Debatte zu stellen. Die Ministerpräsidentin hätte heute im Bundestag ja auch in der Debatte dazu beitragen können. Ich weiß nicht, sie hat scheinbar Wichtigeres zu tun. Wir sind gespannt, ob dann wenigstens im Landtag in Mecklenburg-Vorpommern am Freitag in Sondersitzungen der Ausschüsse entsprechende Aufarbeitung passiert.

May: Die Frage dreht sich ja jetzt auch um die Schenkungssteuer, die fällig wird wegen der von Ihnen auch schon angesprochenen 20 Millionen Euro von Gazprom. War das Geld, diese 20 Millionen, ausschließlich für gemeinnützige Zwecke gedacht, für Klimaprojekte, oder nicht nur?

Amthor: Das ist die nächste absurde Volte dieser Geschichte. Gestern hat uns und der interessierten Öffentlichkeit Finanzminister Geue erklärt, es sei aus seiner Sicht relativ schnell klar gewesen, dass von diesen 20 Millionen von Gazprom zehn Millionen an den Landeshaushalt an Schenkungssteuer gezahlt werden müssten. Das steht im Widerspruch zu Darstellungen der Vergangenheit. Man muss sich erst mal fragen, wieso hat dieser ganze Entscheidungsprozess über die Schenkungssteuer so lange gedauert und wieso gab es dieses hin und her - erst keine Schenkungssteuerpflicht, dann doch die Entscheidung für die Schenkungssteuer?

May: Wie sehen Sie es denn?

Amthor: Ich glaube, dass es deutlich diese Schenkungssteuerpflicht gibt. Und im Zweifel, wenn es rechtlich ungeklärte Situationen gibt – Herr Sellering klagt ja gegen diesen Schenkungssteuerbescheid -, dann hätte Herr Geue ja auch mal das Bundesfinanzministerium befragen können. Das ist üblich in solchen Fällen. Das ist alles nicht passiert. Und ich frage mich auch, warum hat Manuela Schwesig immer von 20 Millionen für den Klimaschutz gesprochen, die dort von Gazprom kommen, wenn es angeblich doch von Anfang an klar war, dass zehn Millionen Schenkungssteuer gezahlt werden müssen. Das passt alles vorne und hinten nicht. Schwesig und Geue winden sich im Druck der Öffentlichkeit, und diese Geschichte ist einfach von vorne bis hinten nicht zusammenpassend, und das ist eine schwere Hypothek für das Bundesland.

May: Diese 20 Millionen für den Klimaschutz, wenn die für den Klimaschutz gewesen wären, dann würde auch keine Schenkungssteuer anfallen? Sie sind ja Jurist...

Amthor: Das ist etwas komplizierter zu sehen. Wir haben es hier mit einer Stiftung zu tun, wo durch organisatorische Maßnahmen klar getrennt sein müsste, dass es einen sogenannten gemeinwohlorientierten Bereich gibt und davon abgetrennt die nicht gemeinwohlorientierten Dinge. Diese organisatorische Trennung ist nach weiter verbreiteter Auffassung bei dieser Stiftung nie gegeben worden und nie gegeben gewesen. Darum streitet Herr Sellering jetzt. Aber der eigentliche Skandal ist, dass diese Stiftung immer noch nicht liquidiert ist. Wir haben ein Jahr Zeitenwende, die wir diese Woche im Bundestag diskutieren wollen, und das

Problem ist nicht liquidiert. Schwesig wollte die Stiftung auflösen, sie ist nicht aufgelöst. Sie wollte die 20 Millionen der Ukraine-Hilfe zur Verfügung stellen, das Geld ist weiter in anderen Quellen. Das ist alles ein großes Problem.

May: Wenn ich da mal ganz kurz einhaken darf mit Blick auf die Zeit? Sie sagen ja auch, diese Stiftung gehört liquidiert. Das heißt, es gibt auch von Ihrer Seite großen politischen Druck, jetzt diese Stiftung zu liquidieren. Aber muss man nicht fairerweise sagen, das ist auch eine total knifflige Frage, ob man so eine Stiftung, eine freiwillig gewollte Stiftung, jetzt einfach so von außen abwickeln kann, nur weil der Geldgeber heute nicht mehr genehm ist?

Amthor: Ja, natürlich ist das eine knifflige Frage. Darauf habe ich auch in verschiedenen Debatten immer wieder hingewiesen. Frau Schwesig ist da in gewisser Weise wie der literarische Zauberlehrling. Die Geister, die sie selbst beschworen hat, die kriegt sie jetzt nicht wieder eingefangen. Das ist dort das erhebliche Problem. Dieses Liquidieren der Stiftung ist natürlich nicht einfach, aber zur Wahrheit gehört, Frau Schwesig hat das vor einem Jahr angekündigt, wollte diese für sie unangenehme Debatte dadurch beenden - und man muss jetzt eingestehen, ein Jahr später ist sie im Liquidieren dieser Stiftung nicht erfolgreich gewesen.

May: Ich frage auch deswegen, weil, wie Sie gerade gesagt haben, die Geister, die sie gerufen habe, das waren Geister, die nicht nur sie gerufen hat, muss man fairerweise sagen. Wenn ich Amthor und Nord Stream 2 google, dann kommt, glaube ich, an zweiter Stelle eine flammende Rede von Ihnen im Bundestag, wo Sie 2020 für den Weiterbau von Nord Stream 2 eintreten. Gleichzeitig wollten alle diese Stiftung, um diese Sanktionen der USA zu umgehen, um die Nord Stream Pipeline bauen zu können, und mit alle meine ich CDU und SPD. Müssen Sie das nicht auch fairerweise anerkennen in diesem ganzen Komplex?

Amthor: Ja, natürlich gehört zur Wahrheit, dass wir mit Manuela Schwesig regiert haben, als diese Stiftung gegründet wurde. Und natürlich gehört auch zur Wahrheit – das ist aber ein ganz anderer Sachverhalt -, dass wir zum damaligen Zeitpunkt für den Weiterbau von Nord Stream 2 waren, auch ich persönlich. Aber es geht doch darum, dass von Anfang an auch gegenüber der Union hier Vorspiegelung falscher Tatsachen scheinbar an der Tagesordnung war. Manuela Schwesig hat im Landtag erklärt, vor den Augen der Öffentlichkeit, die Stiftung sei nicht dazu da, die Pipeline zu bauen.

May: Herr Amthor! Alle wussten das, welchen Zweck diese Stiftung hatte. Das ist doch jetzt eine Schutzbehauptung.

Amthor: Nein, es ist keine Schutzbehauptung. Es geht darum - das können Sie alles nachlesen -, es ging damals darum, Schutz heimischer Unternehmen, eine Art Warenlager für Nord Stream 2. Davon war die Rede. Die Realität sieht jetzt ganz anders aus. Auch weil beharrliche Journalisten gegen Schwesig, gegen ihre Ministerien über Monate lang geklagt haben, kann jetzt die interessierte Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, dass es doch um ganz andere Dinge ging. Dass nicht die heimische Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern im Kern Schutzobjekt war, sondern dass viele der Dinge, die behauptet wurden zum Thema der Klimastiftung, ein ganz anderes Licht haben, und das ist vor allem auch das Licht einer sozialdemokratischen Spezialoperation. Die Union hat diesen Fehler eingestanden, sie zieht daraus Konsequenzen - die SPD tut es nicht.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.